



Für bezahlbares Wohnen und faire Energiekosten

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

Ausgangslage

In Rheinland-Pfalz sind viele Mietwohnungen energetisch marode. Hohe Heizkosten belasten vor allem einkommensschwache Haushalte und führen zu Energieschulden. Förderprogramme erreichen die Eigentümer problematischer Immobilien kaum. Die Sanierungsquote liegt bei unter einem Prozent – ein Risiko für soziale Stabilität und Klimaziele. Gleichzeitig fehlen rechtliche Instrumente: Anders als andere Bundesländer hat Rheinland-Pfalz kein Wohnraumaufsichtsgesetz.

Warum Handeln nötig ist

- **Sozial:** Schutz vulnerabler Mieter:innen vor unzumutbaren Wohnbedingungen.
- **Klimapolitisch:** Erreichung der EU-Ziele für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050.
- **Finanziell:** Entlastung privater und öffentlicher Haushalte durch sinkende Heizkosten.
- **Neubau allein löst die Probleme nicht:** Flächen sind knapp und kostengünstige Neubauten sind auch aufgrund des Fachkräftemangels und der hohen Materialpreisen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. **Neubau allein löst die Probleme nicht:** Flächen sind knapp und eine große Kostenersparnis ist auch beim diskutierten Gebäudetyp E aufgrund des Fachkräftemangels und der hohen Materialpreise in den nächsten Jahren nicht flächendeckend zu erwarten. Das Bauen nach energetischem Minimalstandard könnte zudem teure Sanierungen nach sich ziehen, um die Klimavorgaben 2050 zu erreichen.
- **Misstände** wie das Fehlen von effizienten und kostenneutralen Heizsystemen, sanitären Anlagen, Schimmelbildung oder auch unzureichende Dämmung fallen zunehmend auf. Die bislang vorhandenen rechtlichen Regelungen haben bislang keine wirkungsvollen Schutz für Betroffenen entfalten können. Allein 20.000 Wohnungen sind ohne Heizung.

Kernforderungen

- **Wohnraumaufsicht einführen**
Landesgesetz mit klaren Mindeststandards (Beheizbarkeit, Wärmeschutz, Einhaltung des Gebäudeenergiegesetzes) und verbindlicher Erreichbarkeit der Vermieter. Kommunen erhalten Eingriffsmöglichkeiten, um Missstände zu beheben. Die Umsetzung muss so ausgestaltet sein, dass Einzelne aber auch Institutionen effektiv gegen diese Missstände vorgehen können.



- **Förderprogramme vereinfachen und sozial ausrichten**

Niedrigschwellige, einkommensabhängige Förderung. Der Erwerb sanierungsbedürftiger Bestandsimmobilien soll stärker gefördert werden, um Wohneigentum zu fördern und damit die Motivation zur Sanierung zu stärken.

Fazit

Die aktuelle Debatte fokussiert auf Neubau, doch der größte Hebel für bezahlbaren Wohnraum liegt im Bestand. Rheinland-Pfalz muss regulatorische Instrumente wie ein Wohnraumaufsichtsgesetz einführen, Förderprogramme und den Erwerb von Wohneigentum im Bestand vereinfachen sowie die Gebäudedatenbank vorantreiben. Initiativen auf Bundesebene sollten die Modernisierungsumlage reformieren und die Kriterien für gewerbliche und private Vermietung überprüfen.

